

Ratstelegramm GGR vom 16.10.2013

Mit den Traktanden Finanzen und Friedhof wird es spät nachts.

Beim **Politikplan mit Finanzplan 2014-18 und beim Voranschlag 2014** müssen wir dem Rat klaren Wein einschenken: Wir leben über unsere Verhältnisse; denn bis 2018 wird die jährliche Verschuldung von 1,9 Mio.Franken auf über 27 Mio.Franken anwachsen, was dann bei Zinsen von 3 % etwa Fr. 8000'000 ausmachen wird. Wenn nun alle klagen, halten wir dem Rat den Spiegel vor: Gemeinderat und GGR haben im 2013 schwer gesündigt. Statt die Investitionen zu staffeln, haben sie im gleichen Jahr das Verwaltungsgebäude für 2,1 Mio. und die Mehrzweckhalle für 4,3 Mio.Fr. umgebaut. Die Abschreibungen davon machen allein im 1. Jahr Fr. Fr. 640'000 aus. Dazu hat man bei der Einzonung Lättere einige Millionen verschenkt. Vom Mehrwert von 12 Mio. hat man statt die von der Gemeinde selbst vorgegebenen 40 % nur 1,3 Mio. oder 10 % abgeschöpft. - Für nächstes Jahr wird ein Defizit von 1,3 Mio. vorausgesagt, das ohne Steuererhöhung an das vorhandene Eigenkapital von heute 14,4 Mio.Fr. angerechnet wird. Somit erhalten die Steuerzahler von den in den letzten Jahren zu viel bezahlten Steuern von 8 Mio.Fr. etwas zurück. Wenn nun vor allem die Linksrünen über die Finanzmisere jammern und den Bürgerlichen wegen der (berechtigten) Steuersenkung beim Kanton die Schuld in die Schuhe schieben, dann ist zu sagen, dass diese Bürgerlichen in Zollikofen zu oft auf die linksgrüne fintenreiche Kurve eingebogen sind. Der Finanzvorsteher will im 2014 schauen, wie sich die Finanzen entwickeln werden. Das genügt nicht. Wir verlangen, dass schon vorher eine Angebots- und Strategieüberprüfung ASP an die Hand genommen wird, wie sie der Kanton und andere Gemeinden durchführen. Wirklich alle Ausgaben und Einnahmen sollen durch die Finanzkommission durchleuchtet werden, mit direktem Antragsrecht an den GGR, wie dies nach der alten Gemeindeordnung der Fall gewesen ist.

Wie schon Jahre zuvor hat der GGR die Begehren der freisinnigen Frau T. und Leiterin des sehr viel Geld verschlingenden Karibu' für ein **separates Gräberfeld im Friedhof** für ethnisch und religiöse Minderheiten, wie Islamisten, abgewiesen, und zwar nicht allein wegen der Ausrichtung der Verstorbenen nach Mekka, sondern auch wegen des Gebots von jungfräulichem Boden. Die Gräber können nicht aufgehoben werden, somit würden auch bei gebremster Zuwanderung die Platzverhältnisse im ganzen Friedhof prekär.

Gemeindevorlagen für Volksabstimmung vom 24.11.2013

- a) **Voranschlag 2014: JA** Begründung s. oben
- b) **Öffentliche Beleuchtung: JA** Übernahme von den BKW. Der Kanton schreibt vor, dass die Strassenbeleuchtung Bestandteil des Strassenkörpers ist. Jährliche Besserstellung Fr. 55'000
- c) **Bildungsreglement: JA** Der zweijährige Kindergarten wird nicht in die Primarschule integriert, was mehr Schulraum und Lehrkräfte bedingen würde, mit Mehrkosten von ca. Fr. 600'000 jährlich. Erfahrungen haben gezeigt, dass Ende des 3. Schuljahres die Leistungen gleich wären. Zudem könnte dieses System nicht im Geisshubel und Steinibach eingeführt werden.